

Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz DIE LINKE.queer vom 19.12.2021

Verfassungsschutzakten offenlegen

Alle Links-Fraktionen in den Landesparlamenten der alten Bundesländer und Berlins sowie im Bundestag werden aufgefordert, bei ihren Regierungen die Öffnung der Archive der jeweiligen Geheimdienste zu dem Zweck zu beantragen, dass die Bespitzelung und Ausforschung schwuler und lesbischer Gruppen und Einzelpersonen durch die Dienste in den Jahren 1949 bis 1979 untersucht und beforscht werden kann. Gegebenenfalls sind hierzu Gesetzesänderungen zu beantragen. Die Linksfraktionen sollen an DIE LINKE.queer spätestens nach einem Jahr einen Bericht über den Erfolg ihrer diesbezüglichen Aktivitäten vorlegen.